

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Rechte der bei Macht gewährten Zeitung und Quellennachrichten 1856, durch Vertrag 1856, 2.30 rückt, 47,30 Rpt. Rechte dieses Zeitungsmaterials bei Rechtmäßigem Verkauf, Preis 10 Rpt., außerhalb Sachsen mit Wiedergabe 10 Rpt.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichart, Dresden-N. I., Marienstraße 35/36, Postleitzahl 1008 Dresden. Dieses Blatt entspricht den amtlichen Bekanntmachungen des Reichspostamtes Dresden und des Schiedsgerichts beim Oberpostamtamt Dresden.

Rechte der R. Zeitung Nr. 6: Wochenspiegel (23 von 1936) 11,5 Rpt. Rechte nach Artikel 8, Gesetzesbeschluß v. 22. Februar 1936. — Redaktion vor mit Zustimmung des Reichsministers. Überliefernde Schriften werden nicht aufgenommen.

Einige Tageszeitung Sachsen mit Morgen- und Abendausgabe

In Valencia: Gottesdienst unter Bajonetten

Dreistes Täuschungsmanöver der spanischen Bolschewisten

In Valencia wurde zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges eine Messe gelesen, an der der „Justizminister“ der Valencianer nahm. Ein Militärsofort in Uniform war als Meldeleiter dem die Messe abhaltenden Mönch zugestellt. Um Eingangstor hatten vier Militärsoforten mit ihren Gewehren und ausgespannten Bajonetten Aufführung genommen, während ein Marmorkreuz, ein rotes Tuch und zwei Leuchter den schnell hergerichteten Altar für dieses neue Schauspiel abgaben.

Ein kleines Häuslein Gläubiger hatte sich ängstlich in dem von Militärsoforten gegen etwaige Übergriffe von der Straße her geschützten Raum eingefunden.

Am Schluss der Messe sprach der „Justizminister“ der Valencianer Regierung, die für über 20 000 zerstörte Kirchen und Kapellen, für die Ermordung von 40 v. H. aller spanischen Priester wie für die Vernichtung von 300 000 Menschen um ihres Glaubens willen verantwortlich ist, die Hoffnung aus, daß „im republikanischen Spanien in allen Kirchen und Kathedralen dem Gottesdienst bald zu neuem Leben“ verholfen würde.

Presseangriffe auf Sowjetrußland verboten

Die spanische bolschewistische Presse vom 15. August veröffentlichte eine von „Innenminister“ in Valencia erlassene Verordnung, die sich auf wiederholte Presseangriffe auf die besonders bestreitete Rivalen Sowjetrußland begibt und solche Angriffe streng verbietet. Die Ver-

ordnung kündigt strenge Strafen und Verbote gegen zuwidderhandelnde Zeitungen an.

Ausländische Künstler müssen Sowjetrußland verlassen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. August.
Der Chef der SOWI, Feschom, hat einen allgemeinen Ausweisungsbefehl für ausländische Künstler und Artisten erlassen. Die ausländischen Künstler müssen innerhalb von 14 Tagen Sowjetrußland verlassen, andernfalls eine zwangsweise Abschiebung erfolgt. Es ist das, wie „Daily Express“ berichtet, der Abschluß einer seit Monaten von der SOWI betriebenen Spionagejagd. Vor Wochen bereits sind zahlreiche Künstler und Artisten in Gefängnisse geworfen worden.

Schanghai von chinesischen Flugzeugen erneut bombardiert

Japanischer Berichter verurteilt? - Erregung unter den Europäern

Changhai, 16. August.

Um Montagvormittag waren wieder sieben chinesische Flugzeuge auf die internationale Niederlassung in Schanghai Bomben ab, wodurch zwei Mitglieder des japanischen Generalkonsulates im Büro des Konsulats sowie zwei Europäer, die sich in der internationalen Niederlassung auf der Straße befanden, teils getötet, teils schwer verletzt wurden.

Nach die chinesischen Truppenangriffe auf die internationale Niederlassung haben sich erneut sieben chinesische Truppen am Montag den Park des Hongkong-Büro in der internationalen Niederlassung. Der Park liegt in unmittelbarer Nähe der japanischen Kaserne, die durch Flieger mit Bomben besetzt wurde. Das Büro des japanischen Marineattachés wurde ebenfalls mit Bomben beschossen.

Ferner teilte das chinesische Hauptquartier mit, daß ein japanischer Berichter auf dem Huangpu-Fluß durch Fliegerbomben verletzt, ein anderer beschädigt worden sei. Eine Bestätigung dieser Mitteilung liegt jedoch nicht vor.

Bomben fielen dicht neben USU-Kriegsschiff

Noch einer Meldung aus Schanghai sind bei einem Luftangriff der Chinesen auf japanische Kriegsschiffe einige Bomben in die Nähe des Kreuzers „Augusta“, des Fliegerturms des USU-Mitschaders, gefallen. Dabei wurden angeblich einige Lüften des Schiffes eingeschlagen. Admiral Yamamoto, der Oberbefehlshaber des amerikanischen Geschwaders, hat zwei Berichter angewiesen, sofort nach Schanghai zu fahren. Man nimmt an, daß diese Belegschaften dar-

Handelschiffe, die China mit amerikanischen Flüchtlingen verlassen, dienen sollen.

Das Fliegerturm „Adzuma“ des japanischen Geschwaders vor Schanghai ist anscheinend ein besonders beliebtes Ziel der chinesischen Angriffe. Nachdem alle Luftangriffe bisher erfolglos geblieben waren, wurde am Montag auch ein Angriff durch ein Schnellboot versucht. Es gelang dem Boot jedoch nicht, in die Nähe des japanischen Kreuzers zu kommen. Durch das Abwehrfeuer der „Adzuma“ wurde vielmehr das Boot selbst mit seiner Torpedoladung in die Luft gesprengt.

Das Bombardement der Fremdeniederlassungen in Schanghai durch chinesische Flieger löste unter den Europäern in Tientsin ein deutlich großes Erregung aus, weil der bisher fastroaktile Begriff der Fremdeniederlassung ancheinend aufgehört hat, zu bestehen.

Dampfer „Gneisenau“ für die Deutschen bereitgestellt

Für die Einschiffung der Deutschen in Schanghai wurde der Dampfer „Gneisenau“ zur Verfügung gestellt. Von den Japanern verliehen am Montag mehr als 8000 Frauen und Kinder die internationale Niederlassung. 700 amerikanische Frauen und Kinder reisen am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag ab. In der englischen Kolonie sind 2000 Frauen und Kinder am Montag für die freiwillige Rückführung abgemeldet worden. Ob der restliche Teil der britischen Bevölkerung, die sich auf rund 9000 Köpfe beläuft, aus der Niederlassung entfernt werden soll, wird von der weiteren Entwicklung der Lage abhängig gemacht. Zwischenlegt die britische Regierung ihre Bemühungen fort, die Niederlassung von den Kriegshandlungen zu isolieren. Zur Verstärkung der englischen Flottentrekkkräfte vor Schanghai trifft im Laufe des Montags das Kriegsschiff „Suffolk“ ein.

Steinoza von den nationalen Truppen besetzt

Galizien, 16. August.

Das Hauptquartier des Obersten Befehlshabers in Galizien teilte am Montagabend mit, daß die nationalen Truppen an der Front von Santander die Stadt Steinoza an der Landstraße von Valencia nach Santander besetzt haben. Steinoza ist mit 10 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt der Provinz und ein wichtiges Industriezentrum dieser Gegend. Die an der Landstraße Burgos-Santander operierenden Truppen haben nach lebhafter Artillerie- und Fliegerbereitung den hohen Gebirgsbach Puerto del Escudo eingeschlossen und lösen den höchgelegenen Punkt in diesem Frontabschnitt erreicht. Auf der nach Santander hinaufstrebenden Landstraße sind die Truppen noch 8 Kilometer über diesen Bach hinweg vorgedrungen und haben die Ortschaft San Andres eingenommen.

Dr. Frick im wieder aufgebauten Döschelkronn

Karlsruhe, 16. August.

Auf seiner Besichtigungsrundreise traf der Reichs- und preußische Minister des Innern Dr. Frick am Montag kurz nach 17 Uhr in Karlsruhe ein. Vorher hatte er den nach einem Miesenzbrand im Jahre 1938 wieder völlig aufgebauten Ort Döschelkronn bei Forstheim besucht. Bei der Besichtigung des neuerrichteten Ortskernes gab Dr. Frick seine Begutachtung darüber Ausdruck, daß hier die bedeutendste Bauweise und damit die alteingesessene Volksfamilie in jüngster Weise zum Ausdruck gebracht worden sei. In der Heimatkultusstelle in Karlsruhe erhielten dann Reichsbauherr Wagner und Innenminister Pflaumer Vortrag über die besonderen Verhältnisse im Grenzland. Am Abend begab sich Dr. Frick nach Baden-Baden.

Rücktritt des irakischen Kabinetts. Der irakische Ministerpräsident Gilman Sulaiman und sein Kabinett sind nach einer Neuermelbung am Montag zurückgetreten.

Deutschland in Osteuropa

Die letzten Wochen haben eine Höhepunkt volkstumspolitischer Ereignisse gebracht: das Sängerbundesfest in Dresden fand seinen Höhepunkt mit einer „Deutschen Wehrkunde“, in der Adolf Hitler zu den Deutschen aus aller Welt sprach, das Deutsche Auslandsbüro in Stuttgart hielt eine aus Anlaß seines zwanzigjährigen Bestehens besonders feierliche Jahrestagung ab, auf der Reichsminister Dr. Frick das Wort zu seiner bedeutenden Rede ergriff, und in knapp 14 Tagen wird, ebenfalls in Stuttgart, die Stadt der Auslandddeutschen, die bisjährige, von der Auslandsorganisation der NSDAP veranstaltete V. Reichstagung der Auslandsdeutschen stattfinden. Nebenher ging — als internationales Ereignis — der XIII. Europäische Minderheitenkongress in London, auf dem die südeuropäische Frage besonders lebhaft erörtert wurde, und zwischenbein fielen, ebenfalls außerhalb der Grenzen des Reiches, zahlreiche hatt an die nördlichen Teichen mahnende und oft genug Leben und Bestand der Volks- und Auslandddeutschen bedrohende politische Entscheidungen. Eine Frage also, daß der jüngste Rede Dr. Fricks — so stark grundlegend sie gerichtet war — auch eine ausgedehnte aktuelle Bedeutung innenpolitisch. Da, die Bevölkerung, die Dr. Frick ausgesprochen hat, erhalten erst das rechte, blutvolle Gewicht, wenn sie auf bestimmte, gerade im Augenblick zur Verstärkung stehende Feste angewendet werden, und der Reichsinnenminister hat selbst darauf hingewiesen, wo sie zu finden sind: in Osteuropa. Das ist summarisch gefasst. Aber was Dr. Frick im einzelnen meint, und auf wen er anspielt, ist schwierig zu erkennen.

Da steht als gegenwärtig bringendste und infolge der besonderen außenpolitischen Umstände bis zu einem gewissen Grade sensationell wirkende Frage das Schicksal der Deutschen in Polen im Vordergrund. Man weiß, wie es zu dieser Aussicht gekommen ist: vor gerade einem Monat ließ ein Teil der Bestimmungen der Genfer Konvention über Überlebende, durch die 15 Jahre lang die minderheitstreuen Grenze geregelt worden waren, ab. Das Reich bemühte sich, sie zu verlängern. Polen aber bestand darauf, die volle Souveränität über das ihm durch die Pariser Volksferkonferenz 1921 zugesprochene deutsche Gebiet zu erhalten. Noch hätte dies kein Grund zur Beunruhigung zu sein brauchen, wenn Polen die außer Kraft treitende Vertragsteile durch neue und — wie erwartet werden durfte — im Geiste des deutsch-polnischen Freundschaftsabkommen gehaltene Bestimmungen ergänzt hätte. Heute trug diese Hoffnung, hatten noch am 15. Juli offizielle Stimmen in Warschau die deutsche Volksgruppe Ostoberösterreichs der vollen Souveränität des Staates verliehen, so wurde bereits am nächsten Tag der erste Schlag gegen das dortige Deutschland geführt und ein radikales Polonisierungprogramm aufgestellt. Am 16. Juli nahm der schleifende Gesetz das Gesetz über die Verstaatlichung der deutschen Unitarier Evangelischen Kirche Ostoberösterreichs an, wonach in absehbarer Zeit die Mehrzahl der deutschen Gemeinden nur noch volkstümliche Geistliche haben wird. Es ist bezeichnend, daß dieses Gesetz in 50 Sekunden und in Anwesenheit von nur 20 Abgeordneten durchgepeitscht wurde! Weiter stimmte der schleifende Gesetz dem neuen Sprachgebot zu, wonach Polen auch in der Wojewodschaft Schlesien als alleinige Amtssprache erklärt wird, während Deutsch nur als Hilfsprache bei den Gerichten zu gelassen ist. Um gleicher Maße wurde in einer Sondertagung des Warschauer Parlaments beschlossen, die berüchtigte Agrarreform auf Ostoberösterreich auszudehnen, wodurch — wie vom Polnischen Werkverband mit Bekämpfung festgestellt wurde — endlich auch die Aufstellung deutscher Bodens ermöglicht wird. Und schließlich wurden die Riedelkomitees des Fürsten Pils aufgehoben, womit ein von Staat wegen systematisch betriebener Raubzug gegen eines der größten förmlichen Vermögen Europas sein trauriges Ende fand. Zwischenzeitlich nimmt die Ausweisung Reichsdeutscher aus Polen ihren Anfang, die Entlassung polnisch-deutscher aus der ostoberösterreichischen Großindustrie ihren Fortgang; eine ungeheure Beleidigung des gesamten Deutschstums bedeutet es dabei, wenn die Entlassung der Industriearbeiter unter der Bedingung erfolgt, daß man ihnen als Angehörigen der deutschen Minderheit kein Berufswissen schenken könne und sie bestraft werden.

Heute Beilage:

„Deutsche Jugend“